



„Weltower Kreisblatt“ erscheint wöchentlich. Bezugspreis monatlich RM. 1,25 einschließlich 25 Rpf. Votenstempel; durch die Post monatlich RM. 1,60 (einschl. 21 Rpf. Postgebühren) zugunlich 36 Rpf. Votenstempel. — Bestellungen bei den Postämtern, Briefträgern und anderen Verkaufsstellen im Kreise.

Anzeigen lt. Preisliste 20. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köpenickerstr. 67. — Fernruf: 22 00 71. Zahlungen: Postkontokonto Berlin Nr. 230 19. — Bank: Kontokonto Nr. 2387 bei der Sparkasse des Kreises Teltow. — G., Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Weltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow * Amtliches Verkündungsblatt der Kreisverwaltung Teltow

London und Polens anmaßende Forderungen

Ausschlußreiche englische Pressestimmen - „Ein Wort an Polen“ der „Daily Mail“

London, 3. Mai.

Die Frage Danzigs steht im Mittelpunkt des politischen Interesses der Londoner Morgenblätter. Aus neue tauchen die Meldungen über polnische Herrschaftsansprüche in Danzig auf. Aus den Berichten verschiedener Londoner Blätter geht dabei deutlich hervor, daß die Meldungen über die anmaßenden Forderungen, die die polnische Presse in den beiden letzten Tagen aufgestellt hat, sogar in London Ueberraschung und Befürchtung ausgereizt haben.

So schreibt der diplomatische Korrespondent der „Times“, nach der ersten Ueberraschung habe man nach dem Lesen der „Anregungen“ der polnischen Presse, wonach Polen gegebenenfalls ein Protektorat über Danzig zu verlangen beabsichtige, festgestellt, daß dieses Wort von keiner amtlichen Seite demüht worden sei. Im großen und ganzen genommen, müsse man einen Unterschied machen zwischen den Ansprüchen der amtlichen polnischen Kreise und den, etwas wilden Erklärungen der polnischen Presse. Aus Warschau meldet die „Times“, es bestünde kein Grund, zu befürchten, daß Polen Feindseligkeiten provozieren werde, da doch in einem solchen Falle Polens Verlegen auf dem Spiele stehe.

„Daily Telegraph“ berichtet jedoch aufs neue in großer Aufmachung aus Warschau, daß man polnischseits der Ansicht sei, daß „die polnischen Rechte in Danzig“ nur durch ausreichende polnische Streitkräfte in der Umgebung von Danzig abgesichert werden könnten. Die deutschen Angebote, auch das eines 25-jährigen Nichtangriffspaktes, werde Polen zurückweisen. Im Leitartikel steht sich das Blatt für den polnischen Standpunkt ein. Bei dem Versuch, diese merkwürdige Haltung zu erklären, wird der Verfasser geradezu zu einem Vertreter der Entfesselungspolitik, deren wahre Hintergründe er

sicher unfreiwillig — enthüllt, wenn er eingesteht, es sei für die „Anti-Angriffsfront“ von vitaler Wichtigkeit, daß man dem auf Polen ausgeübten Druck in keiner Weise nachgebe.

Bernon Barlett schreibt in der „News Chronicle“, die Nachricht, wonach die polnische Regierung die Herrschaft über Danzig verlangen könne, habe in London zur Hälfte Befürchtungen, zur Hälfte Bewunderung hervorgerufen. Dieser unentschiedenen Haltung gegenüber erklärt die „Daily Mail“ unter der Überschrift „Ein Wort an Polen“ mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, wieder einmal stehe der alte deutsch-polnische Streit über Danzig und den Korridor auf der Tagesordnung. Dieser Streit bestehe seit 20 Jahren. In England habe der Ton der polnischen Presse Beunruhigung hervorgerufen. Polen sollte lieber keine übertriebenen Forderungen aufstellen, die Polen niemals vorher hätte vorbringen können. — Polen sei heutzutage — gestützt durch die englisch-französische Garantie, heißt es in der „Daily Mail“ dann weiter, womit offen zu gegeben wird, in welchem unheilvollen Maße die Entfesselungspolitik für die Verschärfung der Spannung verantwortlich sind. Aus diesem Grunde sei das britische Volk an der ganzen Angelegenheit interessiert, und deshalb habe England bei den wichtigsten diplomatischen Schritten in dieser Gegend ein Wort mitzureden. Die Bestrebungen Polens und Deutschlands seien nicht unvereinbar. Es würde schwer sein, die Demokratie davon zu überzeugen, daß eine Lösung, durch die die polnischen Wirtschaftsansprüche abgesichert würden, nicht auf dem Verhandlungswege herbeigeführt werden könnte. Man wisse sehr gut, daß die Franzosen nicht bereit seien, sich wegen eines solchen Streitfalles in einen europäischen Konflikt zu stürzen. Das britische Volk vertrete die gleiche Ansicht.

verlangen, gleichzeitig ein „Garantenpaar“ und ein „garantierter Staat“ zu sein. Eine solche Verpflichtung könnte nur dazu führen, Belgien notwendigerweise in einen europäischen Konflikt zu verwickeln. Die Nachbarstaaten hätten das Recht, von Belgien zu verlangen: Frankreich, daß auf dem Wege über Belgien die Maginot-Linie nicht umgangen werden könne; England, daß das belgische Gebiet kein Stützpunkt für die Marine oder die Flugzeuge eines Feindlandes sein dürfe; Deutschland, daß der

Zugang zum belgischen Gebiet nicht Raum für die Entfaltung einer Invasionsarmee bilde. Alle Nachbarstaaten würden dann befriedigt sein, solange Belgien sich mit allen seinen Kräften gegen jeden Angreifer verteidige.

Durch die deutsche, englische und französische Garantieerklärung habe sich die Lage Belgiens gegenüber dem Locarno-Vertrag unendlich verbessert, denn es sei im Falle eines europäischen Krieges zu einem unverletzlichen Gebiet geworden.

Der ungarische Staatsbesuch in Berlin

Vollkommene Uebereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen

Berlin, 2. Mai.

Der ungarische Staatsbesuch hat heute seinen Abschluß gefunden. In den Besprechungen des Königlich Ungarischen Ministerpräsidenten Graf Teleki und des Königlich Ungarischen Ministers des Äußeren Graf Csaky mit dem Führer und dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop, Generalleutnant Graf Göring und dem Stellvertreter des Führers Reichsminister Rudolf Heß sind alle gegenwärtig Deutschland und Ungarn betreffenden aktuellen Probleme in freimütiger Weise besprochen worden.

Darüber hinaus ergab die Prüfung der europäischen Lage vollen Uebereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen. Auch die im Rahmen des Staatsbesuches gelegenen Veranstaltungen haben zu einer weiteren Vertiefung der deutsch-ungarischen Freundschaft einen wertvollen Beitrag geleistet.

Nach mehrtägigem Aufenthalt haben die ungarischen Staatsmänner am Dienstag vormittag die Reichshauptstadt verlassen, um sich nach Budapest zurückzubewegen.

Ministerpräsident Graf Teleki wurde vom Reichsminister des Auswärtigen, Grafen Teleki von Frau von Ribbentrop, Außenminister Graf

Csaky von Staatssekretär von Weizsäcker und die ungarischen Herren der Begleitung vom Deutschen Ehrendienst zum Anhalter Bahnhof geleitet, wo die ungarischen Gäste mit dem Reichsaussenminister und dem ungarischen Gesandten in Berlin, Stojan, die Front der vor dem Bahnhof angereisten Ehrenkompanie abführten. Auf dem Bahnsteig überbrachte der Chef der Präsidialkanzlei des Führers, Staatsminister Dr. Weizner, die Abschiedsgrüße des Führers. Ferner waren zur Verabschiedung am Bahnhof Reichsminister, Reichsleiter, Reichsführer SS Himmler und weitere führende Persönlichkeiten von Partei, Staat und Wehrmacht sowie der deutsche Gesandte in Budapest, von Erdmannsdorff, erschienen. Auch der italienische Vizekonsul in Berlin, Attolico, war anwesend.

Der Reichsminister des Auswärtigen verabschiedete sich in herzlicher Weise von den ungarischen Staatsmännern.

Die ungarischen Gäste werden bis an die Grenze bei Brud a. d. Leitha-Bräunendorf von dem Chef des Protokolls-Gesandten von Dörner, dem Stabsleiter des Verbindungsstabes des Stellvertreters des Führers SS-Oberführer Siewer und Oberst von Geldern-Grünberg sowie den dem Ehrendienst angegliederten Herren begleitet.

Anzeichen polnischen Wahnsinns

Der „Illustrierte Kurier“ erklärt: „Schlesien und Ostpreußen gehören zu Polen“

Warschau, 2. Mai.

Der Krakauer „Illustrierte Kurier“ stellt in der Festsagung der polnischen Politik am Dienstag einen Rekord auf. Das Blatt unternimmt den kühnen Versuch darzulegen, wie unberechtigt die Forderungen seien, die der Führer Polen gegenüber erhoben und in seiner Reichstagsrede bekanntgegeben habe.

Das Blatt verteidigt sich dabei zu der einfach profanen Behauptung, als der Führer Deutschland mit dem Reich als deutsches Land vereinigte, hätten Schlesien und Ostpreußen an die Polen abgetreten werden müssen, denn „diese Gebiete sind rein polnisch“. In ihnen werde nur künstlich ein deutsches Element erhalten (1). Mit dieser geradezu irrsinnigen Argumentation hat das polnische Blatt

nun völlig den Boden der Tatsachen verlassen und es lohnt sich nicht, mit ihm über dieses Thema auf dieser Grundlage zu diskutieren.

Das Blatt geht aber noch weiter und erdreißt sich zu der Behauptung, „wenn für Deutschland in der österreichischen Frage der Nationalitätsgrundsatz recht war, warum sollte er dann nicht auch für Polen billig sein“. Polen stelle keine Ansprüche auf fremdes Gebiet, es fordere nur, was trotz der „Germanisierungspolitik“ polnisch geblieben sei (1). Zum Schluß stellt das Blatt die ungeheuerliche Forderung nach einem breiteren Zugang zum Meer als dem bisherigen. Besonders was Danzig anbetreffe, so habe, wenn irgend jemand, nur Polen (1) Anspruch auf die freie Stadt.

Valera gegen Wehrpflicht in Nordirland

„Militärische Aushebung von Iren durch eine fremde Regierung“

Dublin, 2. Mai.

Ministerpräsident de Valera teilte in Antwort einer Anfrage im Dail mit, daß die irische Regierung bei der britischen Regierung schärfsten Protest gegen die angebrohte Aushebung des Wehrpflichtgesetzes auf die sechs nordirischen Grafschaften erhoben habe.

Durch die Einführung der Wehrpflicht, so erklärte de Valera, sei der Streit über die Ulster-Frage zwischen Iren und England erneut verflärt worden. Solange dieser Streit anhalte, werde er die Beziehungen zwischen Iren und England vergiften.

De Valera stellte auf eine weitere Anfrage fest, daß die Truppen in den „besetzten irischen Gebieten“ unter der Kontrolle der britischen Regierung stünden. Der Vorschlag der britischen Regierung laufe daher auf die Zwangsangehebung von Iren durch die britische Regierung für die britische Armee hinaus. Aber wisse, daß die Opposition gegen die Einführung der Wehrpflicht vor zwanzig Jahren das ganze irische Volk dabei und im Ausland geeint habe. Der Satz gegen diesen „untragbaren Eingriff“ sei so stark gewesen, daß die Iren sich geschworen hätten, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Widerstand zu leisten. Die jetzige Maßnahme, die sich in keiner Weise

von den vor zwanzig Jahren ergriffenen Unterscheidungen, sei nichts anderes als ein Vorschlag zur militärischen Aushebung von Iren durch eine fremde Regierung.

Bei der Einbringung des Haushalts des Außenministeriums erklärte de Valera, Iren habe mit keinem Lande Streitigkeiten mit Ausnahme des anhaltenden Streits mit England. Die irische Regierung habe sich alle Mühe gegeben, die grundsätzlichen Streitfragen, die sich aus dem Einigungsproblem ergeben, aus der Welt zu schaffen.

Englands letztes Aufgebot!

London, 2. Mai.

Im Unterhaus erklärte Kriegsminister Horne-Beilisa, daß die Auffstellung eines Freiwilligen-Regiments für die in Palästina anfallenden Juden vom Kolonialministerium erwogen werde.

Kriegsminister Horne-Beilisa gab am Dienstag im Unterhaus bekannt, daß in der Zeit vom 1. Januar 1938 bis 31. März 1939 49 415 Rekruten in die reguläre Armee und 104 890 in die Territorialarmee eingetretten seien. Im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres seien es 36 598 bzw. 66 295 Rekruten gewesen.

Unabhängigkeitspolitik Belgiens

Innenminister Devèze über die Haltung Belgiens

Brüssel, 2. Mai.

Der belgische Innenminister Devèze sprach auf der Jahresversammlung des Ausschusses des Leopold-Ordens im Akademiepalaß über die internationale Stellung Belgiens. Er bestätigte in allen Einzelheiten die von König Leopold festgelegte Unabhängigkeitspolitik und entkräftete damit den von einigen Blättern geleiteten Forderung für eine „Neuorientierung“ im Sinne

einer Anlehnung an den englisch-französischen Block.

Devèze erklärte u. a., die Landesverteidigung müsse derartig organisiert werden, daß das gesamte Gebiet verteidigt werden, damit es nicht gegen irgend einen der Nachbarstaaten benutzt werden könne, und zwar weder als Einmarsch-Korridor noch als Militär-, Flotten- oder Luftbasis. Belgien sei heute in der Lage, jedweden Angreifer, wer es auch sei, entgegenzutreten. Es sei ein Unbegriff, von Belgien zu